

Beschluss des Landrats vom 27.02.2025

Nr. 1041

35. Frauenhaus beider Basel

2024/690; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage dessen Abschreibung.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) dankt dem Regierungsrat für die Entgegennahme des Postulats. Interessant sind die Ausführungen zu den Belegungszahlen. Es ist jedoch beunruhigend zu lesen, dass die Belegungszahlen im Zuge der nationalen Telefonnummer für Gewaltopfer vermutlich noch mehr steigen werden. Gleichzeitig will man jedoch beim jetzigen Platzangebot bleiben. Will man erst reagieren, wenn es keinen freien Platz mehr gibt? Schliesslich kann nicht mit einem Fingerschnips zusätzlicher Platz generiert werden und andere Kantone müssten ebenfalls erst einmal Platz haben. Für die Rednerin besteht hier ein Widerspruch. Was den barrierefreien Ausbaustandard betrifft, hinkt die Region hinterher. Es gibt ein barrierefreies Zimmer, jedoch keinen Lift im Gebäude. Das ist nicht unbedingt hilfreich. Erfreulich ist, dass das Thema der Barrierefreiheit ein Thema der Strategie des Frauenhauses beider Basel ist. 2026 erscheint jedoch eher spät. Vor allem, wenn man daran denkt, bis wann die Umsetzung erfolgt sein wird. Die Barrierefreiheit muss schnellstmöglich umgesetzt werden, auch aus Respekt und aufgrund der Notwendigkeit für die Betroffenen. Die Rednerin wäre dankbar, wenn der Regierungsrat Druck ausüben würde, und bittet darum, das Postulat stehen zu lassen, bis eine Umsetzung effektiv programmiert ist. Wie vorhin zu hören war: Es wird abgeschrieben, wenn die Arbeit gemacht ist und das ist noch nicht der Fall.

Natalie Oberholzer (Grüne) sagt, der Regierungsrat beurteile die 42 Schutzplätze als vorerst ausreichend. Obwohl er selber schreibt, dass aufgrund des Richtwerts eigentlich 51 Schutzplätze zur Verfügung stehen müssten und obwohl eine optimale Auslastung einer Kriseninterventionsstelle gemäss Literatur bei 75 % liegt und man seit Anfang 2024 bei beiden Frauenhäusern mit durchschnittlich 96 % weit über diesem Wert liegt. Der Regierungsrat bezeichnet die Lage sogar selbst als angespannt. Fachleute betonen auch, dass insbesondere die Situation für minderjährige und jugendliche Frauen sehr schwierig ist und der Bedarf in den nächsten Jahren steigen dürfte. Dazu kommt, dass unter der Überbelastung auch die Nachbetreuung der Frauen leidet. Andere Kantone kennen ambulante Nachbetreuungsangebote. Leider ist die Gewalt an Frauen nach wie vor eine grosse Herausforderung und es dürfen keinesfalls Einsparungen gemacht werden. Bei dieser schwierigen Situation würde die Rednerin eigentlich eine andere Schlussfolgerung erwarten. Dass die Anzahl der Schutzplätze trotz allem nicht erhöht werden soll, ist nicht nachvollziehbar. Die vorgeschlagene Notlösung, dass Frauen und ihre Kinder in Hotels platziert werden sollen, ist nicht akzeptabel. Für hochgefährdete Frauen, zum Teil traumatisiert, kann es schwierig und auch gefährlich sein, allein in einem Hotel zu bleiben. Es ist zwar erfreulich und auch nötig, dass die Betriebsbeiträge erhöht werden sollen. Es kann nicht sein, dass sich ein Frauenhaus für Schutzbedürftige immer noch zu fast 40 % über Fundraising finanzieren muss. Fundraising bringt einen nicht zu unterschätzenden Aufwand mit sich, der Kapazitäten frisst, die besser in die Kernaufgaben eines Frauenhauses investiert werden sollten. Ob aber das Problem der fehlenden Schutzplätze mit einer Erhöhung der Betriebsbeiträge genügend kompensiert werden kann, ist zu bezweifeln. Auch bei der fehlenden und mangelhaften Barrierefreiheit werden keine wirklichen Massnahmen aufgezeigt. Das Frauenhaus hat dazu zwar Pläne, aber die Finanzierung der Massnahmen ist unklar. Es sind noch viele Fragen offen und die bisher getroffenen Massnahmen und Antworten

sind ungenügend und nicht zufriedenstellend. Wie vorhin schon bei anderen Postulaten gesagt wurde, ist die Arbeit nicht erledigt. Daher ist die Grüne/EVP-Fraktion für Überweisung, aber gegen Abschreibung des Postulats.

Jacqueline Wunderer (SVP) sagt, prüfen und berichten sei erfüllt und es handle sich um einen laufenden Prozess. Es ist noch nicht alles abschliessend geklärt, aber man arbeitet daran und die involvierten Stellen wurden kontaktiert. Die SVP-Fraktion folgt dem Regierungsrat.

Lucia Mikeler Knaack (SP) hält fest, die SP-Fraktion sehe das ähnlich wie die Vorrednerin. Die Beantwortung ist ausführlich und die Probleme wurden erkannt. Der Regierungsrat ist auch gewillt, diese anzugehen. Die Fraktion vertraut dem Regierungsrat, dass er auch die Beitragserhöhung an die Hand nimmt. Die SP-Fraktion stört jedoch, dass der barrierefreie Zugang nicht gewährleistet ist. Bis 2026 sollte dies umgesetzt sein. Weil dieser Punkt noch offen ist, ist die SP-Fraktion für Überweisung, aber gegen Abschreibung.

Jacqueline Bader (FDP) äussert, die FDP-Fraktion sei für Entgegennehmen und Abschreiben des Postulats.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 37:29 Stimmen stehen gelassen.
